Herzlich willkommen
beim Stolberger Bündnis gegen Radikalismus
- Für Demokratie und Solidarität -

Unser breites bürgerliches Bündnis richtet sich gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Umtriebe. Wir stellen uns auch jeglichen populistischen Agitationen entgegen, die sich gegen Flüchtlinge richten. Menschen, die um Leib und Leben fürchten, die verfolgt werden oder aus Kriegsgebieten fliehen mussten, brauchen unsere Hilfe. Dafür setzen wir uns ein.



Das Bündnis freut sich über die große Unterstützung aus der ganzen Region.



-

Wir stehen zu den demokratischen Grundwerten, die den Menschen, seine Würde, Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz schützen.

-

Wir wollen ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion.

-

Wir wollen die wache Auseinandersetzung und steten Widerstand gegen Rechtsextremismus.

-

Wir wollen die Öffentlichkeit informieren durch Veranstaltungen und Aktionen.

-

Wir wollen besonders Jugendliche ansprechen, um vorzubeugen, sie widerstandsfähig gegen rechtsradikales Gedankengut machen und sie ermutigen, sich für ein solidarisches Zusammenleben einzusetzen.

Das Stolberger Bündnis gegen Radikalismus ist ein parteiübergreifender Zusammenschluss auf breiter gesellschaftlicher Basis. Engagierte Privatpersonen sind hier genauso vertreten wie SPD, CDU, FDP, Grüne, Die Linke, Jusos, Junge Union, Julis, Grüne Jugend, der Integrationsrat, das Jugendparlament, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die Kirchen, die Schulen und Kindergärten, das Helene-Weber-Haus, der Sozialdienst katholischer Männer, die Pfadfinder, das Kolpingwerk, die Gewerkschaften, die Gruppe Z, die VVN, Stadtmarketing Stolberg, die türkische Mittelstandsvereinigung und viele mehr.

Initialzündung für das Bündnis war die 40-Jahr-Feier der NPD in der privat betriebenen Stolberger Stadthalle am 16. April 2005. Stolberg ist immer wieder Zentrum rechtsradikaler Aktivitäten gewesen. Unter anderem war hier die Bundeszentrale der am 10. November 1994 vom Bundes-Innenminister verbotenen Wiking Jugend . Seit der Kommunalwahl 1999 mit der Aufhebung der Fünf-Prozent-Hürde sind im Stolberger Stadtrat Rechtsextreme vertreten, zurzeit ein Mandatsträger der NPD. Grund für die alljährlichen Aufmärsche rechtsradikaler Gruppierungen ist das Totschlagsdelikt an einem 19-Jährigen in der Nacht des 4. April 2008, das NPD-Aktivisten schamlos für ihre propagandistischen Zwecke missbrauchen.

Unter Rechtsextremismus sind nicht nur gewalttätige Ausschreitungen zu fassen, sondern auch schon die Verbreitung nationalistischen Gedankenguts, jegliche Einschüchterungsversuche, alltäglicher Rassismus und Hetze gegen Ausländer und Minderheiten. Deshalb ist eine breit angelegte Initiative für Solidarität und Zivilcourage unabdingbar.

Wir setzen auf ein breites bürgerliches Engagement im Kampf um unsere freiheitlich demokratischen Grundwerte.